

Journal für Entwicklungspolitik IX/4, 1993, S. 427 — 440

Stephan Klingebiel

DIE NORD-SÜD-BEZIEHUNGEN NACH DEM ENDE DES OST-WEST-KONFLIKTS: CHANCEN UND RISIKEN¹

Abstract

The end of the East-West conflict has changed the international policy and the North-South relationship in a dramatic way. The Third World plays a new role in the world order after the Cold War, which does include opportunities and risks. The changes have not only important effects on development cooperation; but there are also numerous implications on other economic and political issues.

This article deals with these problems mainly in the way of short theses. The purpose is to show that the new global situation has different impacts on the diverse groups of developing countries and up to now a lot of consequences can't be appraised. Moreover the emerging new world order is established without the participation of the South.

1. Einleitung

Die Jahre 1989 und 1990 markieren die wichtigsten weltpolitischen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die politischen Umwälzungen in den ehemals sozialistischen Ländern (ESL) Mittel- und Osteuropas sowie der früheren UdSSR haben zum Ende des Ost-West-Konflikts geführt. Die vom früheren US-Präsidenten Bush während des Golfkonflikts formulierte „Neue Weltordnung“ stellte den Anspruch auf, nach dem Fortfall des Systemgegensatzes zwischen Ost und West die Weltpolitik neu zu ordnen. Auch Präsident Clinton erhebt den Anspruch der USA, die Führungsrolle in der Welt zu übernehmen (Clinton 1993).

Das Ende des Kalten Krieges ist auch der Beginn einer neuen Phase, in der sich der Süden befindet. Alle wichtigen Bereiche der Nord-Süd-Beziehungen sind von der veränderten Situation betroffen. Die Diskussion über Risiken und Chancen für die Dritte Welt nach dem Ost-West-Konflikt umfaßt deshalb Fragen der Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie die wirtschaftlichen Auswirkungen (Handelsströme, Direktinvestitionen etc.) und das Gewicht der Entwicklungsländer in der Weltpolitik.

Die folgenden Ausführungen greifen Fragen aus dieser Diskussion auf. Sie sollen — oftmals in Form kurzer Thesen — verdeutlichen, daß sich die neue weltpolitische Situation in unterschiedlicher Weise auf die Länder des Südens auswirkt, viele Konsequenzen noch immer nur schwer abzuschätzen sind, und die Gestaltung neuer Weltordnungsstrukturen weitgehend ohne Beteiligung der Dritten Welt stattfindet.

¹ Der vorliegende Text orientiert sich z.T. an einem Beitrag des Autors für „epd-Dritte Welt-Information“ (vgl. Klingebiel 1993).

Abb. 1: *Befürchtete, erhoffte oder eingetretene Auswirkungen der Ost-West-Entspannung auf die Dritte Welt*

	Risiken	Chancen
Entwicklungshilfe	Umlenkung zugunsten des früheren Ostblocks	Steigerung der Effizienz durch Entideologisierung
Kapitaltransfers/Direktinvestitionen	Umlenkung zugunsten des früheren Ostblocks	Mobilisierung von Eigenressourcen in der Dritten Welt
Handel	Verstärkte Ost-Konkurrenz für Entwicklungsländer auf den westlichen Märkten	Neue Märkte für Entwicklungsländer in Osteuropa und der früheren UdSSR
Ordnungspolitik/ Politische Modelle	Hegemonie westlicher Wirtschafts- und Politikkonzepte; Wegfall von Alternativen; Utopieverlust	Strukturreformen in Entwicklungsländern (z.B. Demokratisierung)
Friedens- und Sicherheitspolitik	Steigerung von Rüstungsexporten in die Entwicklungsländer; Dritte Welt als neues Feindbild	Lösung von Regionalkonflikten; Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen; Abrüstung für Entwicklung
Internationale Beziehungen/ Weltpolitik	Dominanz eines uni- oder tripolaren Systems (USA sowie ggf. Westeuropa und Japan)	Multipolares System; Demokratisierung der internationalen Beziehungen; Stärkung der UNO

(Quelle: in Anlehnung an: Brock 1990, S. 95)

2. Ost-West-Handel vs. Nord-Süd-Handel?

Die tiefgreifenden Wirtschaftsreformen in den ESL und der Zusammenbruch der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft (RGW) stellen nicht nur die davon betroffenen Länder vor enorme Probleme. Die Umgestaltung der Wirtschaftsstrukturen zielt auf eine marktwirtschaftliche Ordnung ab, die dem Außenhandel einen hohen Stellenwert einräumt und die internationale Konkurrenzfähigkeit erhöhen soll. Der Druck zur Steigerung der Exporte wird erhöht durch die hohe Auslandsverschuldung fast aller östlichen Staaten und dem damit verbundenen Zwang zur Devisenerwirtschaftung.

Die Forderungen der westlichen Industrieländer, des IWF und der Weltbank nach einer verstärkten Weltmarktintegration dieser Länder beschleunigen diese Tendenz.

Viele Länder des Südens und entwicklungspolitische Experten erwarten deshalb, daß die ESL zu Lasten des Südens auf die westlichen Märkte drängen (vgl. z.B. Brock 1990, S. 90). Die Befürchtungen wurden durch den Abbau der früher hohen Handelsbarrieren gegenüber dem ehemaligen Ostblock vergrößert. Die EG hat mit fast allen osteuropäischen Ländern Handelsabkommen abgeschlossen, die den Marktzugang zu den Bedingungen des Allgemeinen Präferenzsystems erlauben; diese Ländergruppe ist damit den Entwicklungsländern gleichgestellt. Um den Reformprozeß zu unterstützen, hat die EG darüberhinaus mit Polen, Ungarn und der tschechischen sowie der slowakischen Republik sog. Europa-Abkommen geschlossen, die den weitgehenden Handelsvergünstigungen gegenüber den assoziierten Mittelmeerländern und den AKP-Staaten ähneln (vgl. Dauderstädt 1992; Retzlaff/Simons 1992). Der Marktzugang ist damit für osteuropäische Anbieter sehr viel einfacher geworden.

Wie stark sich die neue Situation mittel- und langfristig auf den Handel der Entwicklungsländer auswirken wird, ist noch relativ unklar. Die einzelnen Länder und Regionen des Südens werden aber voraussichtlich in einem unterschiedlichen Ausmaß davon betroffen sein (vgl. Stevens/Kennan (eds.) 1992; Benson/Clay 1992; IMF 1992a; IMF 1992b):

- * Kurzfristig hat sich die Export- und Wirtschaftskraft der ESL drastisch verschlechtert. Der Umfang der Ausfuhren Osteuropas und der ehemaligen UdSSR schrumpfte 1990 um 21% und 1991 um weitere 16%. Das reale Sozialprodukt (BIP) der ESL sank 1991 um 10% und 1992 sogar um 17%.
- * Nicht alle Entwicklungsländer sind in gleicher Weise von der neuen Konkurrenz betroffen. Die Situation wird sich zunächst für die Anbieter von vielen landwirtschaftlichen Rohstoffen sowie Textilien und einigen anderen Halb- und Fertigwaren verschärfen; d.h., für Länder wie Argentinien, Brasilien, Indien, Süd-Korea, Taiwan und die Türkei steigt — wenn auch in einem unterschiedlichen Ausmaß — der Wettbewerbsdruck an.
- * In welchen Bereichen die ESL mittel- oder langfristig wettbewerbsfähige Produkte anbieten können, ist nur schwer abzusehen. Es ist allerdings wahrscheinlich, daß auch in Zukunft besonders die leistungsstärkeren Entwicklungsländer unter einem erhöhten Wettbewerbsdruck stehen werden.
- * Ein Anstieg des Lebensstandards in den ESL könnte in Zukunft die Nachfrage nach einigen Produkten aus dem Süden steigern. Ein wachsender Bedarf ist beispielsweise für tropische Früchte und Kaffee zu erwarten.
- * Ein enges System von wirtschaftlichen Verflechtungen mit den ESL existierte bis zum Ende der 80er Jahre nur für eine kleine Gruppe von Entwicklungsländern. Vor allem die RGW-Staaten Kuba, Mongolei und Vietnam, sowie einige andere sozialistisch orientierte Entwicklungsländer mit besonderen Wirtschaftsabkommen zum Osten (VR Korea, Laos u.a.), hatten ihre außenwirtschaftliche Struktur auf die nicht-westlichen Industrieländer ausgerichtet. Für Kuba ist beispielsweise durch den Wegfall der Abnahme- und Liefergarantien mit den ehemaligen RGW-Mitgliedern eine der wichtigsten Unterstützungen weggefallen. Das Land bezog allein drei Viertel seiner Importe aus der Sowjetunion, die den kubanischen Zucker zu einem meist deutlich über dem Weltmarktniveau

liegenden Preis aufkaufte und Kuba vergünstigt Erdöl lieferte. Mit dem Ende des RGW-Handels brach ebenfalls für die Mongolei, die 92% ihrer Ex- und 94% ihrer Importe mit dem Wirtschaftszusammenschluß abwickelte, die bisherige außenwirtschaftliche Struktur zusammen. Auch für Indien, wo etwa 14% der Exporteinnahmen durch den Handel mit dem RGW erwirtschaftet wurden, entstanden hohe Einnahmeverluste (vgl. Farber 1992; Rheinischer Merkur v. 07.08.1992).

3. Weniger Geld für die Dritte Welt?

Eine der am häufigsten geäußerten Befürchtungen geht davon aus, daß die Ost-West-Entspannung zu einem Rückgang der Finanzströme in den Süden beiträgt. Die Annahme wird damit begründet, daß die Unterstützung des Ostens für die Dritte Welt weg falle, das politische Interesse der westlichen Regierungen an der Entwicklungszusammenarbeit und die wirtschaftliche Bedeutung des Südens abnehme.

* Die ESL fallen als Geber aus. Nach Schätzungen der OECD (1992, S. 111ff.) stellten diese Länder bis zu 4,7 Mrd. US\$ (1988) für Entwicklungshilfe bereit;² 1991 waren es bereits nur noch 1,1 Mrd. US\$. Die Mittel stammten überwiegend aus der Sowjetunion (1988: 90%). Entwicklungshilfe der ehemaligen Zweiten Welt für die Dritte Welt spielt in den 90er Jahren praktisch keine Rolle mehr.

Die östliche Entwicklungszusammenarbeit war auf nur wenige Entwicklungsländer konzentriert. Große Lücken hinterläßt die ausbleibende Hilfe insbesondere bei den ehemaligen RGW-Staaten Kuba, Mongolei und Vietnam, die rund 70% der Mittel erhielten; daneben wurden v.a. sozialistisch orientierte Länder wie Laos und die VR Korea unterstützt (vgl. OECD 1992, S. 111ff.).

* Eine alte Forderung — wie sie z.B. die Nord-Süd-Kommission 1980 aufgestellt hat — lautete, der Norden solle abrüsten und die dadurch eingesparten Gelder für entwicklungspolitische Zwecke verwenden. Die Ost-West-Entspannung schien erstmals eine realistische Chance dafür eine solche Friedensdividende zu ermöglichen. Nach Berechnungen beispielsweise der Weltbank (1990, S. 5) könnte bereits durch eine 10%ige Kürzung der NATO-Ausgaben eine Verdoppelung der gesamten Entwicklungshilfe erreicht werden.

Allerdings zeichnet sich auch für die kommenden Jahre nicht ab, daß die Entwicklungshilfe aufgestockt werden könnten. Die in den ESL eingesparten Militärausgaben benötigen diese Länder für den Aufbau ihrer eigenen Wirtschafts- und Sozialstrukturen. Der Entwicklungshilfesausschuß der OECD (DAC) erwartet, daß auch die meisten westlichen Industrieländer die Mittel für entwicklungspolitische Zwecke real nicht oder nur kaum steigern werden (OECD 1991, S. 173ff.). Das Haushaltsdefizit in den USA, die Kosten für die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland und die relativ ungünstige wirtschaftliche Situation vieler OECD-Länder sind einige Gründe, warum die Regierungen eine Friedensdividende für den Süden nicht für möglich halten. Zwar erneuerte die Bundesregierung auf der UN-Umweltkonferenz erneut ihre Zusicherung, das von den Vereinten

2 Die offiziellen Daten der UdSSR wiesen deutlich höhere Werte aus. Zudem sind in den OECD-Daten über die ODA der Geber verschiedene Vergünstigungen — wie subventionierte Erdöllexporte der UdSSR nach Kuba — nicht enthalten. Siehe zum Problem der Quantität und Qualität der sowjetischen Entwicklungshilfe z.B.: Kliem 1992.

Nationen aufgestellte „0,7%-Ziel“ (Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am BSP) erreichen zu wollen. Die bisher relativ konstante Quote von ca. 0,41% wird jedoch ab 1992 auf ein Niveau von etwa 0,33% bis 0,35% abrutschen. Selbst Norwegen, Schweden und Finnland, die bisher zur Gruppe der Länder zählten, die z.T. deutlich mehr als 0,7% ihres BSP für die Entwicklungszusammenarbeit aufwandten, kürzen ihre Leistungen (vgl. Klüver 1992; Stuttgarter Zeitung v. 16.10.1992; epd-Entwicklungspolitik, Nr. 23/24/92, S. 11f.).

- * Der „Umlenkungseffekt“, wonach Entwicklungshilfemittel der westlichen Geber und internationaler Organisationen für Maßnahmen in den ESL verwendet werden, wird von Experten unterschiedlich beurteilt. 1990 erhielten diese Staaten zwar ca. 1,5 Mrd. US\$ Entwicklungshilfe (World Bank 1991, S. 11). Die OECD-Länder haben aber mehrfach bekräftigt, daß ihre Unterstützung für die ESL nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden gehen werde. Die Bundesregierung hat beispielsweise erklärt, daß die für 1993 vorgesehenen Mittel in Höhe von 97 Mio. DM für die ESL aus dem Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nicht zu Lasten der bisherigen Empfänger bereitgestellt werden (Spranger 1992, S. 7ff.).

Eine direkte oder indirekte Umverteilung zu Lasten der ärmsten Entwicklungsländer halten die meisten Experten für unwahrscheinlich, da diese Mittel besonders stark vergünstigt sind. Eine Konkurrenz erscheint eher möglich bei den weniger bzw. kaum vergünstigten Mitteln, die bisher die Entwicklungsländer mit einem „mittleren Einkommen“ erhielten (vgl. Griffin 1991; Stevens/Kennan (eds.) 1992; Benson/Clay 1992). Dennoch ist es schwierig festzustellen, welchen genauen Einfluß die Zusagen an die ESL auf die Entwicklungsländer haben. Die westlichen Industrieländer (G-24) sagten allein von 1990 bis Ende 1992 den Ländern Mittel- und Osteuropas Unterstützungsleistungen in Höhe von 70,4 Mrd. US\$ zu (G-24: 1993).

Die meisten Mittel für die ESL stammen aus öffentlichen Quellen — insbesondere vom Internationalen Währungsfonds, von der Weltbank, der neu eingerichteten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie der EG (vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 12/3300).

- * Viele Länder und Organisationen, die Entwicklungshilfe leisten, sehen nach dem Ende des Kalten Krieges Möglichkeiten, die Effizienz der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu steigern. Die EG-Kommission (1992, S. 8) benannte in ihrem entwicklungspolitischen Programm bis zum Jahr 2000 deutliche Gründe auf Seiten der Geber für fehlgeleitete Entwicklungshilfe:

„Die Auflösung des Ostblocks und das Ende des Kalten Krieges markierten (...) das Ende der geostrategischen Position der Entwicklungsländer im Spannungsfeld zwischen gegnerischen Blöcken. Die bedingungslose Unterstützung, die von der einen wie von der anderen Seite gewährt wurde, hat aufgehört. In Zukunft werden die Geber die öffentliche Entwicklungshilfe stärker nach den Kriterien der Wirksamkeit bemessen, zumal die verfügbaren Mittel knapper werden.“

Zu den wichtigsten Maßnahmen verschiedener Geber zählt die Einführung (neuer) politischer Auflagen. Während in den 80er Jahren die wirtschaftliche Konditionalität eines der wichtigsten entwicklungspolitischen Themen war, werden nun

auch Auflagen an die Zusammenarbeit geknüpft, die den Schutz der Menschenrechte, demokratische Strukturen und die Reduzierung der Militärausgaben in den Entwicklungsländern fördern sollen (vgl. Stevens, in: Stevens/Kennan [eds.] 1992, S. 60ff.).

- * Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts waren außen-, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Eigeninteressen der Geberländer wichtige Motive für die Vergabe von Entwicklungshilfe. Mit der Auflösung des Ostblocks und der begonnenen Einbindung der ESL in die Weltwirtschaft haben diese Gründe an Gewicht verloren. Zugleich taucht der Süden in weiten Teilen der öffentlichen Wahrnehmung in den Industriegesellschaften immer häufiger als Bedrohung auf, aus dem unkontrollierbare Wanderungsbewegungen stammen, der für ökologische Katastrophen verantwortlich ist und der als militärisches Risiko auch den Norden bedroht. Das Feindbild „Ost“ scheint durch das Feindbild „Süd“ zumindest teilweise abgelöst worden zu sein (vgl. Matthies, in: ders. [Hrsg.] 1992, S. 7ff.).
- * Das geringe Interesse an kommerziellen Beziehungen mit den meisten Ländern der Dritten Welt ist nicht erst durch die Ost-West-Entspannung ausgelöst worden. Die mit der Schuldenkrise gesunkene Kreditwürdigkeit vieler Entwicklungsländer hat dazu geführt, daß bereits in den 80er Jahren der Umfang der privaten Kredite deutlich abgenommen hat. Ähnlich stellt sich die Situation bei den ausländischen Direktinvestitionen dar. Die geringe Attraktivität des Investitionsstandortes Dritte Welt und das zunehmende Interesse an Investitionen in den westlichen Industrieländern haben den Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Direktinvestitionen von 25% 1980 — 85 auf 17% 1986 — 90 sinken lassen (IMF Survey v. 20.07.1992). Aber auch an den ESL haben Geschäftsbanken und Investoren nach der Ost-West-Entspannung wenig Interesse gezeigt. Die ESL sind bisher überwiegend auf die Unterstützung der westlichen Regierungen angewiesen.

4. Norden oder Süden? Die Zweite Welt

Der Ost-West-Gegensatz hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß wichtige wirtschaftliche und soziale Unterschiede innerhalb des Ostblocks kaum wahrgenommen wurden. Die Ausgangsvoraussetzungen der einzelnen ESL für den Reformprozeß sind jedoch oftmals extrem unterschiedlich. Eine einfache Zuordnung „des“ Ostens zur industrialisierten oder zur Dritten Welt ist deshalb nicht möglich. Die Länder weisen nicht nur hinsichtlich ihrer Fläche und Bevölkerungszahlen große Unterschiede auf. Das Pro-Kopf-Einkommen Estlands ist beispielsweise rund doppelt so hoch wie das von Usbekistan. Mit einer Säuglingssterblichkeit von 55 (je 1000 Säuglingen) erreicht Turkmenien einen Wert, der deutlich schlechter ist als in vielen Entwicklungsländern, während sie in Litauen (11) nur wenig höher ist als in Westeuropa (8) (vgl. IMF 1992, S. 35).

Die Bestrebungen von bilateralen Entwicklungshilfegebern und multilateralen Organisationen, verschiedene Staaten des ehemaligen Ostblocks als Entwicklungsländer anzuerkennen und zu unterstützen, können daher angemessen sein. Der Entwicklungshilfeausschuß der OECD (DAC) hat den Status „Entwicklungsland“ für die ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan und Turkmenistan

anerkannt. Auch Armenien, Georgien, Moldawien und Rumänien sind darum bemüht, diesen Status zu erhalten (Süddeutsche Zeitung vom 03.12.1992). Eine Unterscheidung zwischen „klassischen“ und „neuen“ Entwicklungsländern ist aber auch weiterhin notwendig, um die politischen Prioritäten der Geber erkennbar zu machen.

Der Umwälzungsprozeß am Ende der 80er Jahre und zu Beginn der 90er Jahre hat dazu geführt, daß die Strukturen, die den vorhandenen Lebensstandard gesichert haben, weitgehend zusammengebrochen sind. Die Situation wird in den meisten ESL durch eine hohe Auslandsverschuldung erschwert. Mit einem Schuldenberg von insgesamt 204 Mrd. US\$ (Ende 1992) sind zahlreiche Staaten der Region extrem hoch verschuldet (World Bank 1992, S. 216). In vielen Ländern (Polen, Rußland, Lettland u.a.) werden weitreichende Anpassungsprogramme mit dem IWF und der Weltbank durchgeführt, die denen in vielen Entwicklungsländern ähneln. Mit den Programmen geht meist eine Verschlechterung der Lebensbedingungen einher, die oftmals besonders die ärmsten Bevölkerungsschichten trifft. UNICEF (1991, S. 28) beurteilt die Anpassungsprogramme in den ehemals sozialistischen Staaten ähnlich, wie die in der Dritten Welt: „Die schlimmsten menschlichen Härten hätten sich auch in Mittel- und Osteuropa vermeiden lassen.“

5. Gibt es noch die Dritte Welt?

Die Weltpolitik war bis zum Ende der 80er Jahre überlagert von der Auseinandersetzung der beiden großen Blöcke. Das Selbstverständnis der Länder des Südens war zu einem wesentlichen Teil durch den Ost-West-Konflikt bestimmt. Die meisten von ihnen schlossen sich in der *Blockfreien*-Bewegung zusammen, und sie verstanden sich als *Dritte Welt*. Trotz der engen Anbindungen einiger Entwicklungsländer an den Osten oder Westen und unterschiedlicher Deutungen sollten diese Begriffe die Bereitschaft symbolisieren, politisch und wirtschaftlich einen „dritten Weg“ zu beschreiten (vgl. Blight/Weiss 1992; Nohlen/Nuscheler, in: dies. (Hrsg.), S. 14ff.).

Die Begriffswahl „Dritte Welt“ wurde bereits am Ende der 70er Jahre heftig kritisiert, da sie die zunehmende Differenzierung (z.B. Erfolge der Schwellenländer) innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer überdecke. Kritiker des Begriffs (z.B. Menzel 1991; Menzel 1992) betonten, daß nach dem Verschwinden der „Zweiten Welt“ nun der Begriff „Dritte Welt“ noch weniger Sinn mache. In ihrem entwicklungspolitischen Rahmenprogramm für die 90er Jahre stellt deshalb beispielsweise die niederländische Regierung fest: „The end of the conflict between East and West, between the First and Second Worlds, also marks the end of the Third World as a separate political identity for the developing countries.“ (Ministry of Foreign Affairs 1991, S. 67) Es gibt allerdings eine Reihe überzeugender Gründe für das Festhalten an dem Begriff Dritte Welt:

- * Entgegen der weitverbreiteten Annahme, der Begriff „Dritte Welt“ habe seinen Ursprung durch das Zählen der Welten, entstand der Terminus als Parallele zum „Dritten Stand“ Frankreichs (vgl. Wolf-Phillips 1987). Ein Automatismus, wonach durch den Wegfall der Zweiten auch die Dritte Welt aufgehört hat zu existieren, besteht daher nicht.
- * Zwar konnten in der Vergangenheit einige asiatische Schwellenländer wirtschaftliche Erfolge und z.T. soziale Fortschritte verbuchen. Für die Mehrheit der Ent-

wicklungsländer gilt aber weiterhin, daß sie die Kluft zur industrialisierten Welt nicht verkleinern konnten.

- * Die meisten Länder des Südens verstehen sich auch nach dem Ende der Ost-West-Auseinandersetzung als Gruppe, die gemeinsam ihre Anliegen in der Weltpolitik durchzusetzen versucht.
- * Der Nord-Süd-Konflikt ist nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht überwunden. Auch wenn sich einzelne Problemfelder seit Beginn der 90er Jahre verändert haben, bleibt der Konflikt in seiner Grundstruktur erhalten.

6. Der Süden in der „Neuen Weltordnung“

Trotz des Selbstverständnisses, weder Teil des Westens noch des Ostens zu sein, waren auch die Entwicklungsländer wesentlich dem bipolaren System untergeordnet. Sie waren Bestandteil der Auseinandersetzungen um politische und wirtschaftliche Ordnungsmodelle. Bürgerkriege und Regionalkonflikte galten oftmals als „Stellvertreterkriege“, die die Konflikte zwischen den Blöcken widerspiegeln.

Die bipolare Auseinandersetzung war zwar durch ein Ringen um Einflußsphären gekennzeichnet. Sie schuf Ländern der Dritten Welt allerdings auch Spielräume bei ihrer politischen und wirtschaftlichen Ausrichtung. Tansanias Staatspräsident Ali Hassan Mwinyi sieht in diesem Verlust von Handlungsoptionen eine gravierende Verschlechterung für die afrikanische Politik:

„Die Teilung der Welt in zwei Lager ist auch für uns Tansanier sehr schmerzvoll gewesen. Wir gehörten zu den ersten, die nach dem Zusammenbruch dieses Systems beinahe gefeiert haben. Vielleicht ist es noch zu früh, Schlußfolgerungen zu ziehen, liegt doch der Niedergang der einen Supermacht gerade erst ein paar Jahre zurück. Aber (...) nach unseren Erfahrungen in dieser relativ kurzen Zeit haben wir das Gefühl, daß Tansania und Afrika insgesamt zu den Verlierern zählen. Denn die sogenannte 'neue Weltordnung' ist für uns in Wirklichkeit eine neue Anordnung, ein Befehl, dem wir gehorchen müssen. Früher konnten wir dem entkommen: Wenn uns die eine Seite etwas vorschrieb, was wir nicht wollten, konnten wir immer im anderen Lager Zuflucht finden. Aber das ist jetzt vorbei, und wir müssen Anordnungen Folge leisten, ob es uns paßt oder nicht, auch ob es für uns gut ist oder nicht. Unsere Erfahrung in dieser kurzen Zeit ist jedenfalls sehr negativ.“ (Ali Hassan Mwinyi, zitiert in: Frankfurter Rundschau v. 27.06.1992)

Bei der Diskussion um die Frage, wodurch die Weltpolitik nach der Bipolarität gekennzeichnet ist, lassen sich drei Einschätzungen unterscheiden:

- * Die *unipolare Dominanz* der Weltpolitik setzt eine weiterhin militärisch starke USA als einzige Supermacht voraus, die ihren Weltführungsanspruch durch militärische Eingriffe u.ä. durchsetzt.
- * Die *tripolare Dominanz* der Weltpolitik setzt eine weitere „Ökonomisierung“ der internationalen Beziehungen voraus. Drei Zentren bilden dann die Eckpfeiler: (West-) Europa, Nordamerika bzw. die USA sowie Japan.
- * Die *multipolare Dominanz* der Weltpolitik setzt voraus, daß die deutliche Vormachtstellung von einzelnen Staaten oder Regionen abnimmt. Statt dessen

werden internationale Verhandlungslösungen und Strukturen an Bedeutung gewinnen. Vor allem das Gewicht der Vereinten Nationen würde zunehmen.

In ihren Erklärungen haben vorrangig die Zusammenschlüsse der Entwicklungsländer zu Beginn der 90er Jahre mehrfach eine Aufwertung des Multilateralismus angemahnt. Die Forderungen der G-15 (Gruppe der Fünfzehn für Süd-Süd-Konsultation und -Kooperation) sind weitgehend deckungsgleich mit denen anderer Gruppierungen des Südens:

"The Group of Fifteen strongly supports multilateralism in which inter-State relations are conducted in a truly democratic manner and in which no interests are ignored and from which no nation is left out. The global phenomenon of the resurgence of democracy should be extended to the international relations and the revitalization of multilateral structures under the United Nations, for security, disarmament and development." (Group of Fifteen 1992, S. 11)

Die mit der Ost-West-Entspannung zunächst verbundene Hoffnung, den globalen Problemen durch eine Aufwertung multilateraler Strukturen besser begegnen zu können, sind besonders in der Dritten Welt kaum noch vorhanden. Eine Gefährdung sehen viele Entwicklungsländer in der vom ehemaligen US-Präsident Bush entworfenen Skizze einer „Neuen Weltordnung“, die betont, daß auch zukünftig die „amerikanische Führerschaft unverzichtbar“ sei (vgl. Hippler 1991, S. 88). Mit ähnlichen Worten definiert Präsident Clinton die Rolle der USA:

„Heute ist nach dem Ende einer alten Ordnung die neue Welt freier aber weniger stabil. Der Zusammenbruch des Kommunismus hat alte Animositäten und neue Gefahren heraufbeschworen. Sicherlich müssen die Vereinigten Staaten weiterhin die Welt führen, zu deren Entstehung wir so sehr beigetragen haben.“ (Clinton 1993: D 199)

Die von der Blockfreien-Bewegung in Jakarta 1992 geforderte „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ (Jakarta Message, abgedruckt in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 20/21/1992: g — i) ist deshalb aus Sicht vieler Länder des Südens auch in den 90er Jahren nicht in Sicht. Die westlichen Industrieländer werden als ein Block wahrgenommen, der aus dem Kalten Krieg gestärkt hervorgegangen ist. Der Golfkrieg (1991) wird vielfach als Beleg für neue militärische Handlungsmöglichkeiten gesehen, über die die USA zusammen mit ihren verbündeten Ländern verfügen. Der Krieg warf die Frage auf, ob dies der Beginn des „Third World War“ (Frank 1992, S. 267) — zwischen dem Norden und dem Süden — sei.

Ihre Position geschwächt sehen die Entwicklungsländer auch bei Verhandlungen über wirtschaftliche und entwicklungspolitische Fragen. So gilt die 8. Welthandelskonferenz (UNCTAD), die im Februar 1992 in Cartagena stattfand, als fehlgeschlagener Versuch der Entwicklungsländer, dieses Forum für globale Wirtschaftsvereinbarungen zu nutzen (vgl. Betz/Matthies 1992, S. 17f.). Das von der Süd-Kommission eingerichtete South Centre sieht vielmehr gestärkte westliche Zusammenschlüsse wie die OECD und die G-7, die die „world agenda“ bestimmen. Zur gemeinsamen Lösung von globalen Problemen entdeckt das South Centre (1992, S. 1) nur noch wenig Spielraum:

"There are those who thought that the end of the cold war might facilitate a move towards a more democratic approach to the management of international economic and political matters. Unfortunately recent events do not give grounds for such optimism. The previous imbalances in global economic, political and military power seem to have been aggravated by the demise of the Soviet Union and the Eastern bloc, leaving the field open for a powerful and currently unified North to give further shape to international economic, political and security arrangements in their own interests. Unless timely steps are taken, the South risks continued and increasing domination and marginalization."

7. Kriegsschauplatz Dritte Welt

Zahlreiche Konflikte in der Dritten Welt sind in der Vergangenheit als Stellvertreter-Kriege bezeichnet worden. Oftmals wurde unterstellt, daß durch einen Rückzug des Ostens und Westens oder durch den Entzug der Unterstützung für die Konfliktparteien Kriege beendet oder zumindest in ihrer Intensität verringert werden könnten. Die Interventionsbereitschaft der USA scheint zwar in einigen Regionen abgenommen zu haben, aber keineswegs beendet zu sein. In seiner Antrittsrede ließ Präsident Clinton keinen Zweifel daran aufkommen, daß die USA auch unter seiner Regierung zu militärischen Interventionen bereit sind:

„Wenn unsere vitalen Interessen herausgefordert oder der Wille und das Gewissen der internationalen Staatengemeinschaft mißachtet werden, werden wir handeln — wenn möglich mit friedlicher Diplomatie und wenn nötig mit Gewalt.“
(Clinton 1993: D 199)

Die Vereinigten Staaten sind vor allem darum bemüht, die Unterstützung, Zustimmung oder zumindest Duldung der ständigen Sicherheitsratsmitglieder bei Interventionen zu erreichen. Neben den „traditionellen“ Interventionsmächten könnten künftig auch regionale Vormächte (wie Indien) häufiger versuchen, auf Konflikte Einfluß zu nehmen (vgl. Falk 1992).

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hat einen neuen Interventionstypus ermöglicht, der eine breite akademische und politische Debatte ausgelöst hat (vgl. z.B. Heinz 1993; Greenwood 1993). Interventionen wie in Somalia, Liberia und dem ehemaligen Jugoslawien werden mit humanitären Motiven begründet. Humanitäre Interventionen zielen darauf ab, Hilfsoperationen für die Menschen eines Staates oder Gebietes durchzuführen, indem bewaffnete Streitkräfte eingesetzt werden oder mit der Anwendung von Gewalt gedroht wird.

Eine Reihe von kriegesischen Konflikten konnte noch durch die Zusammenarbeit der UdSSR mit den USA wesentlich entschärft werden (z.B. im südlichen Afrika). In anderen Fällen werden Kriege durch die lokalen und regionalen Konfliktparteien dennoch weitergeführt, da die Ursachen meist nicht von außen herangetragen, sondern von den Supermächten zur Durchsetzung der eigenen Ziele genutzt wurden. Mehr als 30 anhaltende kriegesischen Auseinandersetzungen (vgl. Betz/Matthies 1992, S. 25f.) belegen, daß auch nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation die Gefahren von gewaltsamen Konflikten nicht automatisch abgenommen haben.

8. Das Ende der ideologischen Auseinandersetzungen

Das Ende der 80er Jahre und der Beginn der 90er Jahre waren nicht allein in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion von politischen Umwälzungen geprägt. In vielen afrikanischen Staaten (Sambia, Kenia u.a.) erzwangen Oppositionsbewegungen Reformen zur Demokratisierung. Die westlichen Länder, die noch in den 80er Jahren eine Politik zur Stärkung vieler diktatorischer Regime verfolgten, erhöhten zugleich ihren Druck, um Mehrparteiensysteme durchzusetzen. Sie binden Entwicklungshilfe nicht mehr allein an wirtschaftspolitische Forderungen, sondern auch an die Reformen zur Demokratisierung. Befürworter dieser Konditionalität argumentieren, daß auch von den ESL grundlegende politische und wirtschaftliche Änderungen als Vorbedingung für Hilfen verlangt werden (vgl. Stevens, in: Stevens/Kennan (eds.) 1992, S. 67ff.). Der Umbruch in Osteuropa hätte bewiesen, daß Modelle, die sich nicht an Marktwirtschaft und Demokratie orientieren, nicht funktionieren könnten.

„Es ist kein Zufall, daß am Ende des Kalten Krieges das Gesellschaftsmodell der siegreichen Seite im Ost-West-Antagonismus eine besondere Ausstrahlung erlangt hat. Man kann es ideologisch wenden, wie man will: Die sozialistische Kommandowirtschaft in all ihren diversen Spielarten hat sich dem westlichen Demokratiemodell mit seinen marktwirtschaftlichen Regelungsprinzipien als unterlegen erwiesen.“ (Tetzlaff 1992, S. 11)

Fukuyama (1992, S. 11), der während der Bush-Administration stellvertretender Direktor des Planungsstabes im US-State Department war, stellte sogar die These vom „Ende der Geschichte“ auf. Die weltweite Durchsetzung der liberalen Demokratie stelle den „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit“ dar.

Dem westlichen Modell wird immer mehr eine universelle Gültigkeit zugesprochen; Defizite in den Demokratien des Westens treten in den Hintergrund. Versuche, die auf eine Kopie dieses Musters abzielen, lassen befürchten, daß durch eine bloße Nachahmung nicht automatisch entwicklungspolitische Erfolge erreicht werden können.

- * Die Konditionalität der Geber zielt auf demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen in den einzelnen Entwicklungsländern ab. Die äußeren Strukturen — z.B. Rohstoffpreise, Zinshöhe der Schulden, Protektionismus usw. — bleiben unbeachtet, obwohl sie eine zentrale Rolle spielen. Widersprüche entstehen zudem dadurch, daß z.B. die Auflagen den Abbau von Handelshemmnissen der Entwicklungsländer fordern, und gleichzeitig der Zugang zu den Märkten der Industrieländer für die Dritte Welt durch zahlreiche protektionistische Maßnahmen erschwert wird.
- * Demokratie, die nur an einigen formalen Kriterien gemessen wird, schließt nicht aus, daß die Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bevölkerung gering bleiben. So weist der in Lateinamerika häufig gebrauchte Begriff „Demokratura“ darauf hin, daß der sogenannte Redemokratisierungsprozeß trotz der Einrichtung von Mehrparteiensystemen etc. keinesfalls einen grundlegenden Wandel zur Folge hatte, weil beispielsweise die Militärs weiterhin eine zentrale Rolle spielen.
- * Demokratie nach westlichem Muster ist keine Gewähr für die Befriedigung der Grundbedürfnisse. Politische Freiheit und Massenelend schließen sich nicht aus.

- * Marktwirtschaftliche Strukturen und Weltmarktintegration, wie sie durch die Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank durchgesetzt werden, verbessern gerade in den ärmsten Ländern nicht die Lebensbedingungen für die Bevölkerungsmehrheit, sondern verschärfen sie häufig noch.

Die Umwälzungen in den ESL haben zur Folge, daß die Möglichkeiten zur Umsetzung eigenständiger Entwicklungswege immer enger werden. Die marktwirtschaftlichen Industrieländer fühlen sich in ihrer bisherigen Politik bestätigt. Internationale Organisationen wie der IWF und die Weltbank erhalten noch größeres Gewicht durch den Beitritt der ESL. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) dehnt seinen Geltungsbereich weiter aus und schwächt dadurch die Foren, in denen die Entwicklungsländer für Änderungen in der Weltwirtschaft eintraten (besonders UNCTAD). Eine Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugunsten der Dritten Welt ist heute weniger wahrscheinlich als jemals zuvor.

LITERATUR

- Altwater, E., 1991: Eine „zivile“ Festung abgeschottet gegen den Rest der Welt. Nach dem „Sieg im kalten Krieg“. Skizzen einer „alten“ und einer „neuen“ Ordnung, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau v. 03.07.1991.
- Benson, C. und Clay, E., 1992: Eastern Europe and the Former Soviet Union: Economic Change, Social Welfare and Aid, (ODI Special Report), London.
- Betz, J./Matthies, V., 1992: Die Dritte Welt im Berichtszeitraum, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), Jahrbuch Dritte Welt 1993, München, S. 9 — 28.
- Blight, James G. und Weiss, Thomas G., 1992: Must the grass still suffer? Some thoughts on Third World conflict after the Cold War, in: Third World Quarterly, Vol. 13, Nr. 2, S. 229 — 253.
- Brock, L., 1990: Die Auflösung des Ost-West-Konflikts und die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen: Befürchtungen und Chancen, in: Birckenbach, H.-M. et al. (Hrsg.), Jahrbuch Frieden 1991, München, S. 87 — 97.
- Calließ, J. (Hrsg.), 1991: Weltsystem und Weltpolitik jenseits der Bipolarität, (Loccumer Protokolle 19/91), Loccum.
- Clinton, B., 1993: Rede des amerikanischen Präsidenten, Bill Clinton, bei seiner Amtseinführung am 20. Januar 1993, abgedruckt in: Europa-Archiv, Folge 10/1993, S. D 197-D 200.
- Czempel, E.-O., 1991: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München.
- Dauderstädt, M., 1992: Umbruch in Osteuropa: Herausforderung für die EG (Reihe Eurokolleg der Friedrich-Ebert-Stiftung, Nr. 15/1992), Bonn.
- EG-Kommission 1992: Die Politik der Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2000, Brüssel.
- El-Doufani, Mohamed M., 1992: Regional revisionist client states under unipolarity, in: Third World Quarterly, Vol. 13, Nr. 2, S. 255 — 265.
- Falk 1992: Recycling Interventionism, in: Journal of Peace Research, Vol. 29, Nr. 2, S. 129 — 134.
- Farber, S., 1992: Castro under siege, in: World Policy Journal, Vol. IX, Nr. 2, Spring 1992, S. 329 — 348.
- Frank, Andre Gunder, 1992: Third World War: A political economy of the Gulf War and the new world order, in: Third World Quarterly, Vol. 13, Nr. 2, S. 267 — 282.
- Fukuyama, F., 1992: Das Ende der Geschichte, München.
- G-24 1993: G-24 Commitments to the CEEC, (Mimeo v. 04.05.1993), Brüssel.
- Greenwood, Ch., 1993: Gibt es ein Recht auf humanitäre Intervention?, in: Europa-Archiv, Folge 4/1993, S. 93 — 106.

- Griffin, K., 1991: Foreign Aid after the Cold War, in: *Development and Change*, Vol. 22, S. 645 — 685.
- Group of Fifteen 1992: The Summit Level Group of Developing Countries. Position Paper of The Group of Fifteen on The New World Order, o.O.
- Heinz, W. S., 1993: Schutz der Menschenrechte durch humanitäre Interventionen?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B 12 — 13/93, 19.03.1993, S. 3 — 11.
- Hippler, J., 1992: *Die Neue Weltordnung*, Hamburg.
- IMF 1992a: *World Economic Outlook*, May 1992, Washington, D.C.
- IMF 1992b: *World Economic Outlook*, October 1992, Washington, D.C.
- Kirdar, Ü., (ed.) 1992: *Change: Threat or Opportunity?*, (UNDP), 5 Bde., New York.
- Kliem, U., 1992: *Zur Auslandshilfe der Sowjetunion für die Dritte Welt*, (Entwicklungspolitische Gesellschaft e.V.), Berlin.
- Klingebiel, St., 1993: Nach dem Ost-West-Konflikt: Chancen und Risiken für die Dritte Welt, (epd-Dritte Welt Information, Nr. 1/93), Frankfurt a.M.
- Klüver, R., 1992: Die langen Schatten des Ostens, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 03.07.1992.
- Matthies, V., (Hrsg.) 1992: *Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen*, Bonn.
- Menzel, U., 1991: Das Ende der „Dritten Welt“ und das Scheitern der großen Theorie. Zur Soziologie einer Disziplin in auch selbstkritischer Absicht, in: *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 1, März 1991, S. 4 — 33.
- Menzel, U., 1992: Nach dem Ost-West-Konflikt: Was wird aus der „Dritten Welt“?, abgedruckt in: *epd-Entwicklungspolitik*, Nr. 23/24/1992, S. a — d.
- Ministry of Foreign Affairs (Niederlande) 1991: *A world of difference. A new framework for development cooperation in the 1990s*, The Hague.
- Nohlen, D. und Nuscheler, F. (Hrsg.), 1992: *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 1: Grundlagen, Probleme, Strategien, 3. Aufl., Bonn.
- OECD 1991: *Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung. Politik und Leistungen der Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe. Bericht 1991*, Paris.
- OECD 1992: *Development Co-operation. Efforts and Policies of the Members of the Development Assistance Committee. 1992 Report*, Paris.
- Pronk, J., 1991: *New World Order or New World Policeman?*, in: *South Letter*, Nr. 9/10, June 1991, S. 16 — 19.
- Retzlaff, K. und Simons, O., 1992: *EG-Wegweiser Osteuropa*, in: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Nr. 29/1992 v. 12.10.1992, Bonn.
- Senghaas, D., 1992: *Die Zukunft der internationalen Politik. Überlegungen zur Friedensproblematik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, (Stiftung Entwicklung und Frieden, Reihe: Werkstattpapier), Bonn.
- South Center 1992: *Divide et Impera*, in: *South Letter*, Nr. 13, Spring 1992, S. 1f.
- Spranger, C.-D., 1992: *Aufbruch nach Osten. Interview von Karin Adelman mit Entwicklungsminister Carl-Dieter Spranger über die Ostzusammenarbeit*, in: *epd-Entwicklungspolitik*, Nr. 15/16/92, S. 7 — 9.
- Stevens, C. und Kennan, J. (eds.), 1992: *Reform in Eastern Europe and the Developing Country Dimension*, (ODI), London.
- Tetzlaff, R., 1992: *Die blaue Blume der Demokratie. Thesen zur Übertragbarkeit eines westlichen Modells*, in: *Der Überblick*, Nr. 3/92, S. 11 — 14.
- UNICEF 1991: *Zur Situation der Kinder in der Welt 1992*, Köln.
- Weltbank 1990: *Weltentwicklungsbericht 1990*, Washington, D.C.
- Wolf-Phillips, L., 1987: *Why 'Third World'? origin, definition and usage*, in: *Third World Quarterly*, Nr. 9 (4), October 1987, S. 1311 — 1327.
- World Bank 1991: *World Debt Tables 1991 — 92. External Debt of Developing Countries*, Vol. 1, Washington, D.C.

World Bank 1992: World Debt Tables 1992 — 93. External Debt of Developing Countries, Vol. 1, Washington, D.C.

*Stephan Klingebiel, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik Berlin,
Hallerstraße 3, D-10587 Berlin*